

Vorlage Nr. 101.17.1374

3. Juli 2014
1 von 1

Straßenbeitragssatzung

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Satzung über die Erhebung von Straßenbeiträgen in der Stadt Kassel vom 29. März 2004 in der Fassung der zweiten Änderung vom 27. Mai 2013 wird aufgehoben.

Begründung:

Die Straßenbeitragssatzung benachteiligt die Grundstückseigentümer, die allein beitragspflichtig sind.

Es gibt keine Pflicht der Gemeinden in Hessen, solche Beiträge zu erheben.

Ein Drittel der hessischen Kommunen erheben keine Straßenbeiträge, darunter Frankfurt und Wiesbaden.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Dr. Bernd Hoppe

gez. Bernd W. Häfner
Fraktionsvorsitzender